

Die E-Mail-Debatte

«Ihre Schüler haben vielleicht am 18. Mai eine neue Ära eröffnet»

Wie muss man das Nein zum Gripen deuten? Welche Armee will das Volk? Und was kann man von Studenten lernen? Franz Jaeger und Jo Lang über Sicherheitspolitik

Jo Lang

Wie soll es nach dem historischen Nein zum Gripen-Fonds weitergehen? Ich interpretiere den Volksentscheid vom 18. Mai als ein Rückkommen auf den Rechtsrutsch, gegen den ich im September 2011 als Parlamentarier angerannt bin: Den 5-Milliarden-Plafond für eine viel zu grosse Armee und für neue Kampfjets. Wer die Höhe der Ausgaben infrage stellt, stellt auch die Grösse der Bestände infrage. Keinesfalls bedeutet das Nein am 18. Mai ein Ja zu militärischen Auslandseinsätzen. Die Schweiz soll der Welt das zivile Friedenshandwerk, nicht das militärische Kriegshandwerk zur Verfügung stellen. Ein gutes Beispiel dafür ist das laufende OSZE-Engagement. Dessen Glaubwürdigkeit würde durch eine engere Anbindung an Nato-Armeen geschwächt. Die ETH-Umfrage «Sicherheit 2014» bestätigt diese Haltung: Ja zum Engagement in der Uno, Nein zu jenem mit - und erst recht in - der Nato.

Franz Jaeger

Mit Ihnen und mit der grossen Mehrheit der Schweizer (laut ETH-Studie) bejahe natürlich auch ich die Guten Dienste der Schweiz sowie die klare Absage an militärische Auslandseinsätze und einen Nato-Beitritt. Im Unterschied zu Ihnen jedoch, Herr Lang, befürworte ich - ebenfalls zusammen mit einer erdrückenden Mehrheit - auch die bewaffnete Neutralität und unseren Drang nach politischer Souveränität. Zudem begrüsse ich den seit 1989 nie mehr so deutlich festgestellten Rückhalt unserer militärischen Landesverteidigung. Dazu gehört eine solid ausgerüstete Milizarmee inklusive aktuelles Verteidigungsbudget. Die in der ETH-Studie ausgewiesenen 80-Prozent-Mehrheiten in all diesen Armeefragen haben weder mit einem «Rechtsrutsch» zu tun, noch liefern sie eine Begründung dafür, um nach der - von den Politikern selbst verkorksten - Kampfjet-Abstimmung auf frühere parlamentarische Budgetbeschlüsse zurückzukommen. Es sei denn, man würde die im Moment eingesparten 300 Millionen

Debattierer



Franz Jaeger war Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Er zeichnet heute als Leitungsmittglied und Hauptdozent an der Executive School of Management, Technology and Law.



Jo Lang erforscht als Historiker Themen wie Kulturkampf und Katholizismus. Von 2003 bis 2011 vertrat Lang die Grünen im Nationalrat.

Franken für einen temporären Schuldenabbau oder für Steuerrabatte verwenden.

Jo Lang

Ist es nicht etwas billig, das recht deutliche Nein zum Gripen mit einem verkorksten Abstimmungskampf zu erklären? Immerhin hat die Pro-Seite mindestens 15-mal mehr Geld einsetzen können. Die Umfrage durch das Sicherheitszentrum und die Militärakademie der ETH ergab, dass nur 9 Prozent der Befragten für höhere Militärausgaben sind. Die 5 Milliarden, die es wegen der Kampfjetbeschaffung gebraucht hätte, waren höhere Ausgaben. Umfrage und Urne widersprechen sich also nicht. Einen Widerspruch gibt es zwischen der hohen Zustimmung zur Armee und der Angabe der fünf Bereiche, die am stärksten bedroht sind. Sie alle sind zivil: Datenschutz, Natur, Umwelt, Arbeitsplätze, sozialer Zusammenhalt. Die hohe Akzeptanz der Armee hat nicht praktisch-militärische, sondern ideologisch-identitäre Motive.

Franz Jaeger

In einem Punkt halte ich unser jährliches politisches Sorgenbarometer für aussagekräftiger als die von Ihnen aus der Sicherheitsstudie zitierte Wahrnehmung der Bedrohungen. Laut dem umfassenderen Sorgenbarometer spielt auch das Thema persönliche Sicherheit eine prominente Rolle. Das wiederum korrespondiert eindeutig mit der Befürwortung der Armee in der Studie «Sicherheit 2014». Dass der in dieser Studie manifestierte Rückhalt für die bewaffnete Neutralität und unsere Milizarmee Sie als Armeegegner, Herr Lang, frustriert und traurig stimmt, dafür habe ich Verständnis. Mich irritiert und nervt es hingegen, dass es die überfällige Flugzeugbeschaffung trotz der Zustimmung zur Armee derart verhaseln musste - wegen umstrittener Typenwahl, Parteienzwist, Pannen bei der Kampagne, hanebüchenem Lobbying der Schweden und medialem Gegenwind. Das meine ich mit «verkorkst», lieber Herr Lang. Und wenn ich von meinen vielen MBA-Schülern während

Wochen hören musste, man sei natürlich für die Armee, aber nicht so und nicht für diesen Gripen, so zeigt dies, dass man Abstimmungen zum Glück nicht einfach mit Geld, sondern nur mit Projektexzellenz, Herz und Verstand gewinnen kann.

Jo Lang

Herzlichen Dank für dieses Kompliment! Wir sind uns sicher einig, dass Urnenentscheide wichtiger sind als Umfragen. Übrigens bringt auch das Sorgenbarometer der Credit Suisse nur zivile Beispiele. So haben Arbeitslosigkeit, AHV, Asylfrage, Jugendgewalt oder Gasversorgung nichts mit dem Militär zu tun. Was das Bankgeheimnis betrifft, ist es wohl zu spät, für die letzten Nachhutgefechte die Kavallerie wieder einzuführen. Den hohen Wert für die Neutralität, den die ETH-Studie ergab, schätze ich als Garantie gegen Kriegseinsätze, etwa in Somalia oder Afghanistan. Solche mit verhindert zu haben, betrachte ich als meinen wichtigsten Erfolg im Nationalrat. Die rekordhohe Zustimmung zur Milizarmee passt zur konservativen Stimmungslage. Ihre Schüler haben vielleicht am 18. Mai eine neue Ära eröffnet, in der die Mehrheit, welche das Militär befürwortet, bei konkreten Fragen auch Nein sagen kann.

Franz Jaeger

Mich freut es natürlich, wenn selbst Sie heute das Nein der urbanen und welschen Mehrheit - im Unterschied zu einzelnen bürgerlichen Schlappmachern - als Nein zum Gripen, nicht aber als Absage an die Milizarmee oder als Erosion unseres Wehrwillens interpretieren. Ich hoffe nur, dass von diesem Wehrwillen, wenn konkret eingefordert, auch unsere jungen Soldaten und deren Arbeitgeber beseelt sein werden. Was ansteht: 1. Forcierung der Armeereform auf der Basis eines modernen militärisch-zivilen Risikoprofils. 2. Belassung des 5-Milliarden-Plafonds im Armeebudget. 3. Temporäre Verwendung der freien 300 Millionen zuerst zum Abbau struktureller Bundesdefizite, später zum Ausbau der Boden-Luft-Abwehr.



Frage der Woche

an Andrea Caroni

Die CVP fordert einen Bekleidungs-zwang für Kleinkinder in Badis. Was ist davon zu halten?

Das ist eine fehlgeleitete Hysterie. Im Wasser ist es zwar hygienisch geboten, dass Kleinkinder angezogen sind - im Babyschwimmen kriegt meine Tochter auch eine Babywindel. Das darf eine Badi ruhig für obligatorisch erklären.

Aber darum geht es der CVP ja nicht: Sie will Kinder überall - also auch auf dem elterlichen Badetuch - zwangsbekleiden, und zwar zur Prävention gegen Pädophilie. Dabei geht die CVP offenbar davon aus, dass hinter jedem Baum ein Kinderschänder lauert. Das ist nicht nur übertrieben, sondern heisst geradezu eine Misstrauenskultur an, in der sich irgendwann jeder kriminell und/oder krank vorkommen muss, der nur schon sein eigenes Baby wickelt.

Ausserdem verwechselt die CVP Opfer und Täter: Täter ist, wer ein nacktes Kind heimlich fotografiert, weil er das Persönlichkeitsrecht des Kindes (sein Recht am eigenen Bild) verletzt. Deshalb muss man doch nicht das Kind in seiner Bewegungsfreiheit einschränken und die Eltern büssen. Das ist, als ob man Eltern bestrafen würde, wenn sie ihrer 15-jährigen Tochter enge Kleidung erlaubt haben und dem Mädchen ein Sexualdelikt widerfährt. Nicht das potenzielle Opfer hat sich einzuschränken, sondern der potenzielle Täter.

Mit ihrer Stossrichtung nähert sich die CVP übrigens gewissen SVP-Exponenten an, die fordern, Schülerinnen dürften nicht mehr im Mini oder in Hotpants zur Schule kommen, weil sie sonst die Lehrer ablenkten. Paradoxerweise fordern dieselben Leute auch Kopftuch- oder Burkaverbote, aber genau aus dem gegenteiligen Grund: um muslimische Männer daran zu hindern, ihren Frauen Verhüllung aufzuzwingen. Ausgerechnet. Dabei wäre der Burkini das ideale Mittel zur Verwirklichung des CVP-Baby-Verhüllungstraums.

Man kann halt nicht beides haben: staatlich verordnete Freizügigkeit und staatlich verordnete Verhüllung. Da gibt es nur einen Ausweg: freie Kleiderwahl für freie Bürger - und ihre Babys.

Andrea Caroni ist FDP-Nationalrat und Vater einer kleinen Tochter.

51 Prozent

Gegen was die Verteidigungsministerin kämpft



Nina Streeck

Mit des Mannes Liebe zu Kriegsspielzeug hat es eine besondere Bewandnis. Wird sie nicht geteilt, reagiert er ausserordentlich gekränkt. So jüngst Ueli Maurer, als das Volk es ablehnte, ihm und der Armee den Kampfjet Gripen zu finanzieren. Ähnlich pikiert gaben sich jetzt deutsche Offiziere und Ex-Militärs, als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ankündigte, Kinderkrippen für den Nachwuchs der Soldaten zu bauen und deren Stuben mit Flachbildfernsehern auszustatten - statt neues Kriegsgeschäft zu kaufen.

«Keine Ahnung vom Militär» habe Frau von der Leyen, polterte der ehemalige Generalinspekteur - und damit höchste Offizier - der Bundeswehr, Harald Kujat. Sie komme ihm vor «wie eine gute Hausfrau, die ihre Kinder versorgt». Lieber anonym und weinerlich statt mannhaf bereit zum offenen Kampf klagte ein anderer Offizier, die Verteidigungsministerin wolle den tapferen Soldaten wohl das «Image von Weicheiern und Warmduschern» verpassen. «Windeloffensive», «Hausfrauen-Wehrreform», «Schöner-

Wohnen-Programm» oder «Wohlfühl-Kur», lauteten weitere Urteile.

Was war geschehen? Die erste Frau im Amte des Verteidigungsministers hatte ihr Reformprogramm für die Bundeswehr vorgestellt. Unter dem Motto «Aktiv. Attraktiv. Anders» soll die Truppe zu einem der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands werden. Die Soldaten können künftig in Teilzeit und mehr von zu Hause aus arbeiten sowie ihre Kinder in bundeswehreigenen Krippen und Kindergärten betreuen lassen. Sie werden weniger versetzt, und ihre Stuben erhalten schönere Möbel, freien Internetzugang und die besagten Flachbildschirme. Bewerbungen sind fortan auch online möglich, Führungskräfte bekommen Schulungen, um auf die Bedürfnisse ihrer Untergebenen besser einzugehen. 100 Millionen Euro lässt sich Ursula von der Leyen das kosten.

Mit der Häme, die ihr entgegenschlägt, setzt sich fort, was bei ihrer Ernennung im Dezember 2013 begonnen hat: Ein paar männliche Angsthasen sehen eine der letzten Männerbastionen fallen und bäumen sich auf. Machtverlust droht, die eifrig gepflegten Geschlechterklischees geraten ins Wanken. Im Internet kursierte prompt eine Fotomontage von Ursula von der Leyen in tarnfarbener Unterwäsche; das ARD-Politikmagazin «Bericht aus Berlin» entblödete sich nicht, ein Bild von ihr als halbnaackter Lara-Croft-Figur mit zwei Knarren zu vertwitern.

Doch sind die sexistischen Reflexe ähnlich unangebracht wie der ebenfalls hörbare feministische Jubel über den vermeintlichen



Ein paar männliche Angsthasen sehen eine der letzten Männerbastionen fallen und bäumen sich auf.

Sonderfall eines weiblichen Verteidigungsministers. In Berlin spielen solche Kategorien längst keine Rolle mehr. Seit bald neun Jahren wird Deutschland von einer Frau regiert, unter ihren Ministern fanden und finden sich teilweise noch heute ein Schwuler, ein Behinderter, ein Mann ausländischer Herkunft. Was zählt, ist politisches Geschick - und daran mangelt es Ursula von der Leyen nicht. Sie agiert ähnlich machtbewusst wie Angela Merkel und wird bereits als künftige Kanzlerkandidatin gehandelt. Indem sie sich das Verteidigungsministerium angeeignet hat, hat sie sich in Position gebracht.

Wer sie als «Mutter der Kompanie» belächelt oder ihre Pläne für die Bundeswehr als «Wohlfühl-Reform» abtut, unterschätzt sie. Seit die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft wurde, droht der Bundeswehr Personalmangel. Von den 28 830 Freiwilligen, die 2011 zur Armee gestossen sind, hat rund ein Viertel den Dienst innert einem halben Jahr quittiert. 16 000 neue Soldatinnen und Soldaten müssten jährlich anfangen, um die bisherige Personalstärke zu sichern. Wie soll das gehen, wenn die Arbeitsplätze nicht attraktiv sind, auch und gerade für die Klugen und Begabten? Mit dem müden Kalauer von der «PR-Kanone» von der Leyen treffen die Kommentatoren immerhin etwas Richtiges: So viel wie zurzeit wurde lange nicht über die Bundeswehr geredet - für Frau von der Leyen nicht das Schlechteste.

Nina Streeck ist Redaktorin im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zur Abreise der Nationalmannschaft an die Fussball-WM nach Brasilien.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.